

Antrag

der Abgeordneten Katja Suding, Matthias Seestern-Pauly, Peter Heidt, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Nicole Bauer, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Dr. Marco Buschmann, Britta Katharina Dassler, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Thomas Hacker, Reginald Hanke, Katrin Helling-Plahr, Torsten Herbst, Katja Hessel, Dr. Gero Clemens Hocker, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Dr. Christian Jung, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Dr. Martin Neumann, Frank Sitta, Dr. Hermann Otto Solms, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Linda Teuteberg, Stephan Thomae, Gerald Ullrich, Johannes Vogel (Olpe), Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Hilfeplan für die physische und psychische Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Kinder und Jugendliche werden als Opfer der Auswirkungen durch die Corona-Pandemie übersehen. Die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie betreffen das Leben von Familien und Kinder auf besondere Weise. So kommt eine Studie des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf zu dem Ergebnis, dass fast jedes dritte Kind während der Corona-Pandemie psychische Auffälligkeiten aufweist (www.uke.de/kliniken-institute/kliniken/kinder-und-jugendpsychiatrie-psychotherapie-und-psychosomatik/forschung/arbeitsgruppen/child-public-health/forschung/copsy-studie.html). Laut der Hamburger COPSY-Längsschnittstudie nehmen Essstörungen, Angststörungen, Konzentrationsstörungen, Suizidgedanken und Suizidversuche bei Kindern und Jugendlichen zu. Insbesondere sind Essstörungen ein gefährlicher Bewältigungsweg, den immer mehr Mädchen entwickeln, um sich vermeidliche Sicherheit in einer pandemiebedingt unkontrollierbaren Welt zu verschaffen, erklärt die Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie am Charité-Campus Virchow in Berlin (www.rnd.de/gesundheit/corona-hilferufe-von-kindern-und-jugendlichen-nehmen-zu-viele-haben-suizid-gedanken-ENE6RYV23VFSTIGSWLWGH322JA.html). Die Forschenden des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf kommen zudem zu dem Schluss, dass die Pandemiemaßnahmen zu einer hohen Dunkelziffer von Kindesmisshandlungen führen. Auch Äußerungen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zeigen, dass „[...]“ sich Befürchtungen bestätigen, wonach im Zuge der Ausgehbeschränkungen und Quarantänemaßnahmen mit einer Zunahme an Gewalt

gegen Kinder und Jugendliche zu rechnen ist“ (www.tagesspiegel.de/politik/gewalt-gegen-kinder-in-der-corona-krise-verletzungen-wie-bei-autounfaellen/25834490.html).

In diesem Zusammenhang sind die Sozialräume der Bildungsinstitutionen – von der Kita über die Schule – von besonderer Bedeutung. Zum einen, weil der physische Kontakt zu Betreuungspersonen in der Kita oder Lehrkräfte in der Schule maßgeblich dazu beitragen kann, dass Gewalt und Missbrauch entdeckt und beendet werden. Zum anderen, weil die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu einem großen Teil von der Interaktion mit Gleichaltrigen abhängt. Dabei entwickeln sich die sozialen Kompetenzen wie Konfliktlösung, freundschaftlicher Bindungsaufbau aber auch der Abkopplungsprozess in der Pubertät. Der Zugang zu entsprechenden Erfahrungs- und Begegnungsmöglichkeit bspw. in der Kita, Schule oder der Kinder- und Jugendhilfe ist deshalb ganz wichtig. Zusätzlich wirken sich die durch den Betreuungs- und Unterrichtsausfall entstandenen Lernrückstände, die gerade junge Schüler und Kinder aus benachteiligten Familien treffen, ohne Hilfen und Unterstützung negativ auf die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen aus.

Es muss daher das oberste Ziel sein, schnellstmöglich zurück zum Präsenzunterricht zu kommen. Deshalb brauchen wir ganz dringend eine verlässliche Stufenlösung, die eine zeitnahe und verantwortungsvolle Öffnung insbesondere von Betreuungs-, Freizeit- und Schuleinrichtungen zulässt und umsetzt. Da die oben beschriebenen Auswirkungen aber auch durch eine zügige Rückkehr zum Präsenzunterricht nicht einfach verschwinden, braucht es Sofortmaßnahmen, mit denen die psychischen und physischen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen behandelt und gemildert werden.

Daher brauchen wir einen Krisengipfel, der die gesundheitliche Lage unserer Kinder- und Jugendlichen ernsthaft und umfassend in den Blick nimmt. Denn ebenso wie – zu Recht – die Expertise von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern im Bereich der Infektionslage eingeholt wird, fordern wir die Bundesregierung auf, dies auch mit Beteiligten im Bereich der psychischen Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen zu tun. Personen aus der Politik, der Wissenschaft, der Verbändelandschaft und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendämter, Schulen und Kitas müssen gemeinsam mit betroffenen Familien die aktuellen Probleme und Gefahren offenlegen und Maßnahmen zur Verbesserung der krisenbedingten Probleme beraten. Diese Maßnahmen müssen möglichst verbindlich sein und in ihrer Umsetzung kurzfristig, mittelfristig sowie langfristig wirken. Außerdem fordern wir die Bundesregierung auf, zusammen mit den Bundesländern darauf hin zu wirken, dass zusätzliches psychologisches und pädagogisches Personal im Schulbetrieb digital und in Kinderbetreuungseinrichtungen physisch zur Verfügung steht, um negative Folgen der Corona-Krise zu erkennen und professionell aufzuarbeiten. Wichtig ist, dass die zusätzlichen Psychologen und Pädagogen nicht nur während der Pandemie, sondern auch noch lange danach eingesetzt und zur Verfügung stehen werden, um Kinder und Jugendliche sowie Eltern und Betreuungs- sowie Lehrkräfte mit den langfristigen Folgen der Pandemie nicht allein zu lassen. Zusätzlich muss eine Aufklärungskampagne helfen, Eltern und Kinder für ein Bewusstsein für pandemiebedingte psychische Belastungen zu sensibilisieren. Denn wir dürfen die bereits eingetretenen Folgen des Lockdowns auf Kinder und Jugendliche nicht ignorieren, sondern müssen sie angehen, indem passgenaue Hilfen angeboten werden. Außerschulisch muss die Kinder- und Jugendsozialarbeit personell und finanziell stärker unterstützt und deren Fachkräfte digital auszustatten werden. Denn die niedrigschwelligen Hilfen der Kinder- und Jugendsozialarbeiter können bereits anfängliche Auffälligkeiten erkennen und behandeln bzw. Hilfe koordinieren. In diesem Zusammenhang muss geprüft werden, ob die Frühwarnsysteme für häusliche Probleme im Home-Schooling in der Praxis so wirksam sind, dass sie Gefahrensituationen erkennen und entsprechend professionell eingreifen können. Ferner muss die Kinder- und Jugendhilfe schnellstmöglich durch Sofortmaßnahmen materiell modernisiert werden. Diese scheitert zum Teil bereits an der Ausstattung der Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter mit Diensthandys und führt zu entsprechend eingeschränkten Möglichkeiten der alltäglichen Begleitung (vgl. Studie „Berufliche Realität im ASD“ von Prof. Dr. Kathinka Beckmann, 2018). Katastrophal ist die Nichterreichbarkeit für Kinder und ihre Familien in Notsituationen, die in der Corona-Krise zunehmen (vgl. die obenstehenden Äußerungen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend). Dieser Zustand ist vor dem Hintergrund, dass in diesem Land nahezu jede Bürgerin und jeder Bürger ein Mobiltelefon besitzt, nicht hinnehmbar. Langfristig brauchen wir im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe einen ganzheitlichen Modernisierungs- und Digitalisierungsschub, der auch die große Last durch unnötigen Verwaltungsaufwand in den Blick nimmt. Der Ausbau von Therapie- und Betreuungsplätzen in der Psychotherapie und Psychiatrie für Kinder und Jugendliche muss als wichtiger mittelfristiger Baustein umgesetzt werden. Psychotherapeutische sowie psychiatrische Behandlungen können Kindern und Jugendlichen helfen mit den Folgen der Pandemie auf ihr Leben auf eine gesunde Art und Weise umzugehen und entstandene Störungen zu heilen. Um Kindern und Jugendlichen so viel Normalität wie möglich zu ermöglichen, müssen die Kapazitäten für Betreuungs- und Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche in den Sommerferien ausgeweitet und pandemiefest gemacht werden. Denn Kinder und Jugendliche brauchen dringend kindgerechte Freiräume, in denen sie die Möglichkeit haben sich von den psychischen und physischen Anstrengungen der Pandemie zu erholen.

Es ist zu betonen, dass Kindheit und Jugend enorm prägende, entwicklungspsychologisch einmalige Abschnitte im Leben eines Menschen sind. Die derzeitige Situation hat auf eine ganze Generation junger Menschen in unserem Land massive Auswirkungen. Wir müssen die psychische und physische Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen als zentralen Faktor für die Zukunft unserer Gesellschaft begreifen und nicht diesen hängen lassen, sondern entschlossen stärken.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel

1. einen Krisengipfel zur gesundheitlichen Lage von Kindern- und Jugendlichen mit Teilnehmern aus der Politik, Experten aus der Wissenschaft und Verbändelandschaft, Mitarbeitern der Jugendämter, Kinderbetreuungseinrichtungen und Betroffenen Familien einzuberufen,
2. zusammen mit den Bundesländern darauf hinzuwirken, dass in Bildungseinrichtungen zusätzliches psychologisches und pädagogisches Personal digital und physisch sowie während und nach der Corona-Pandemie zur Verfügung steht, um negative Folgen der Corona-Krise zu erkennen und professionell aufzuarbeiten,
3. mit Hilfe einer Kampagne das Personal in Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen und Jugendfreizeitzentren über mögliche gesundheitliche Folgeschäden der Corona-Krise zu informieren und zu sensibilisieren,
4. zusammen mit den Bundesländern darauf hinzuwirken, die außerschulische Kinder- und Jugendsozialarbeit finanziell stärker zu unterstützen und deren Fachkräfte besser auszustatten,
5. die Frühwarnsysteme für häusliche Probleme im Home-Schooling in der Praxis zu überprüfen,
6. zusammen mit den Bundesländern darauf hinzuwirken, die Kinder- und Jugendhilfe durch Sofortmaßnahmen materiell zu modernisieren und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Diensthandys zur Verfügung zu stellen,
7. den Ausbau von Therapie- und Betreuungsplätzen in der Psychotherapie und Psychiatrie für Kinder und Jugendliche voranzutreiben,

8. zusammen mit den Bundesländern darauf hinzuwirken, Betreuungs- und Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche in den Sommerferien auszuweiten und pandemiefest zu machen.

Berlin, den 23. März 2021

Christian Lindner und Fraktion